

Der Niedergang und die Rückkehr der sozialdemokratischen Parteien in Europa - eine Übersichtsstudie

Einleitung

Ziel dieses Textes ist es, verschiedene Arten von Krisensituationen aufzuzeigen, in die sozialdemokratische, sozialistische und Arbeiterparteien in Europa in letzter Zeit geraten sind. Insbesondere sollen die Hauptfaktoren der jeweiligen Krisen sowie die verschiedenen Auswege aus diesen Situationen verglichen werden. Wir bezeichnen die Krisensituationen als "Abstürze" und die Ausgänge als "Rückkehr". Die Untersuchung umfasst auch die Fälle, in denen zum Zeitpunkt der Studie (Ende 2023) noch kein Ausweg gefunden wurde oder sich nicht im Wahlergebnis niedergeschlagen hat.

Die Krisenfaktoren lassen sich schematisch unterteilen in innerparteilich-organisatorische (Mitgliederschwund, Überalterung oder Demobilisierung der Mitgliederbasis, innerparteiliche Spaltungen usw.), sozial-strukturelle (Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, demografischen usw.) und parteisystemische (Veränderungen in der Logik des innerparteilichen Wettbewerbs, neue Spaltungen, Auftreten von Herausforderern von außerhalb des Parteiensystems, Fragmentierung auf der Linken usw.). Der Zweck dieser Unterteilung ist die analytische Strukturierung der Phänomene. Es wäre sicherlich möglich, sie auf andere Weise zu strukturieren. Wir sind uns auch ihrer praktischen Durchdringung bewusst. Die wachsende Bedeutung postmaterieller Themen oder sogar postmaterieller Spaltungen (der Parteiensystemfaktor) basiert zum Beispiel teilweise auf kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Transformationen in der Gesellschaft (der sozialstrukturelle Faktor), und all dies erzeugt Spannungen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien (der innerparteiliche Faktor). Der breitere verfassungspolitische oder institutionelle Kontext wird ebenfalls berücksichtigt, der an sich auch als ein Faktor des Niedergangs oder der Rückkehr betrachtet werden könnte. Unter diesem Kontext verstehen wir die unterschiedlichen "Nein-/Erfolgsschwellen", die sich aus den verschiedenen Arten von Regimen, Wahlsystemen usw. ergeben.

Wir unterteilen Krisensituationen nach ihrer Intensität und dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Moments der "Rückkehr". Die Arbeitsdefinition lautet wie folgt: (1.) das Herausfallen der Partei aus dem Kreis der relevanten Akteure im Sinne des Verlassens der parlamentarischen Bänke und (2.) die kardinale Schwächung und der Rückzug der Partei von der Position eines der Hauptpole auf die Position eines Akteurs von sekundärer/tertiärer Bedeutung. Jede dieser Situationen ist entweder mit einem erfolgreich durchgeführten Comeback oder umgekehrt mit dessen bisherigem Ausbleiben verbunden. Daraus ergeben sich vier Kombinationen.

Die Auswahl der Fälle richtet sich nach der oben dargestellten Forschungsstrategie. Die sozialdemokratischen Parteien der Länder, in denen es fraglich ist, ob eine Rückkehr stattgefunden hat oder nicht, werden nicht berücksichtigt. Der Niedergang ohne Rückkehr wird durch die Tschechische Republik (ČSSD oder SocDem) und mit einer Rückkehr durch Polen (SLD oder Neue Linke) repräsentiert. Die kardinale Schwächung ohne Rückkehr wird durch Ungarn (MSzP, DK), Frankreich (PS) und die Niederlande (PvdA) und mit einer Rückkehr durch Spanien (PSOE) repräsentiert. Die Aufnahme mehrerer Beispiele ist durch die Vielfalt der institutionellen Kontexte begründet.

Die polnische Linke: zwei Momente des Niedergangs und ein Moment der Rückkehr

Wenn man die Kriterien dessen, was noch als "letzte Periode" verstanden werden kann, lockert (im Sinne dieses Textes ab etwa 2010), könnte die polnische Linke zwei Kategorien des Niedergangs darstellen. In diesem Text befassen wir uns hauptsächlich mit dem "gefährlicheren" der beiden Niedergänge (dem Ausscheiden der SLD aus dem Sejm im Jahr 2015), der jedoch mit einer Rückkehr einhergeht.

Dennoch wollen wir zunächst einige einleitende Bemerkungen zu dem Sturz machen, der etwa ein Jahrzehnt zuvor stattgefunden hat, der in der Tat tiefer war und der die weitere Entwicklung der Linken bis heute grundlegend vorweggenommen hat, da er vorerst (und realistisch gesehen mittelfristig) ohne Wiederkehr ist. Es handelt sich um den spektakulären Zusammenbruch der polnischen Linken als einer der beiden tragenden Säulen des Parteiensystems zwischen den Wahlen 2001 und 2005. Der Grund dafür, ihn nicht zum Hauptgegenstand der Analyse zu machen, ist nicht nur der zeitliche Abstand von fast 20 Jahren oder die Tatsache, dass der polnische Fall die bereits überfüllte Kategorie der "kardinalen Schwächung ohne Wiederkehr" (Ungarn, Frankreich, Niederlande - siehe oben) nur "bereichern" würde, sondern vor allem die Tatsache, dass der polnische Fall in dieser Hinsicht dem ungarischen Fall extrem ähnlich ist.

Genauer gesagt ist die "Anatomie des Sturzes" auffallend ähnlich (wir vergleichen den polnischen Sturz von 2005 und den ungarischen Sturz von 2010). Weniger ähnlich sind die "Nicht-Rückkehr"-Faktoren. In beiden Fällen war der Sturz stark und ging eine Periode linker Herrschaft voraus, die von wirtschaftlichen Problemen und Korruptionsskandalen begleitet war. In beiden Fällen wurde der "korrupte Charakter" der Linken von der antikommunistischen Rechten als ihr inhärenter, historischer, ja "moralisch-genetischer" Makel konstruiert. Mit anderen Worten: Beide Zusammenbrüche fanden unter den Bedingungen einer massiven Polarisierung entlang der Spaltungslinien der Regime statt. Die Idee der triumphierenden Konservativen war es, die fatal gescheiterte hybride Periode des "Postkommunismus" ein für alle Mal zu beenden, die Transformation zu vollenden, eine tiefgreifende Säuberung in allen denkbaren Bereichen (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Medien, Justiz, moralische Werte, Erinnerungspolitik usw.) durchzuführen und das Regime in ein illiberal-demokratisches zu verwandeln.

Anders verhält es sich mit dem Ausbleiben der Rückkehr. In Polen hat sich ein neues Parteiensystem etabliert, das durch einen Wettbewerb zwischen zwei rechten Parteien gekennzeichnet ist - die Linke ist außerhalb dieser Hauptachse geblieben oder wurde vielmehr durch die Kraft ihrer Polarität in die Position eines schwächeren Partners einer der betreffenden rechten Parteien gezogen. Die ungarische Linke (wenn auch gespalten) blieb dagegen weitgehend der Hauptkern der oppositionellen Alternative. Das Problem ist jedoch ein anderes: Es besteht eine extreme Asymmetrie zwischen den beiden Blöcken, die sowohl auf die Funktionsweise des Wahlsystems als auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die Wahlen in Ungarn auf lange Sicht eindeutig nicht mehr fair sind.

Eine letzte Bemerkung zum polnischen Absturz von 2005 betrifft den Vergleich mit der Tschechischen Republik. Der Zusammenbruch der SLD ereignete sich zu einem Zeitpunkt, als sie in vielerlei Hinsicht in voller Stärke war. Bei der unmittelbar vorangegangenen Wahl (2001) erzielte sie ihr bestes Ergebnis (41 %). Seit dem Zusammenbruch ist eine Schwankung der Wahlergebnisse der SLD (unter verschiedenen Marken und in verschiedenen Koalitionen) von etwa 7-14 % zu beobachten. Die Geschichte der CSSD hingegen ist ein Beispiel für einen kontinuierlichen und anhaltenden Rückgang der Wahlergebnisse vom Höchststand im Jahr 2006 (etwa 32 %) bis zum Unterschreiten der 5 %-Klausel (2021). Die Faktoren für den Zusammenbruch in den beiden Ländern unterscheiden sich erheblich. Der tschechische Fall wird im folgenden Abschnitt erörtert. Im polnischen Fall war es eine Kombination aus folgenden Elementen: der

mit einer antikommunistischen Polarisierung einhergehende Wandel des Parteiensystems, die problematischen Ergebnisse der SLD-Herrschaft, ihre Korruptionsskandale und - nicht zuletzt - innerparteiliche Spaltungen.

Im weiteren Verlauf des Kapitels werden wir uns nun auf den polnischen Einbruch von 2015 und die Rückkehr von 2019 konzentrieren, die durch die Wahlen 2023 bestätigt wird. Die Geschichte der ČSSD scheint eine Verdichtung beider Fälle in einem zu sein. Mit Verdichtung meinen wir eigentlich ihre zeitliche Nähe. Die ČSSD gehört seit den Wahlen 2017 nicht mehr zu den Säulen des tschechischen Parteiensystems und ist bei den unmittelbar folgenden Wahlen (2021) aus der Abgeordnetenkammer ausgeschieden.

Ein weiterer Unterschied ist, dass die polnische Linke - anders als die ČSSD - nie unter die Relevanzschwelle gefallen ist, die als Fünf-Prozent-Sperrklausel für Parteien definiert ist. Der Rauswurf aus dem Sejm nach den Wahlen 2015 erfolgte, weil sich die Linke "leichtsinnigerweise" der achtprozentigen Sperrklausel ausgesetzt hatte, die in Polen für Koalitionen gilt. Sie blieb nur 0,45 % darunter, während die brandneue radikale Linkspartei Razem überraschende 3,6 % erreichte. Bei den Wahlen 2019 trat die Linke zwar wieder als breiteres Bündnis an (diesmal mit Razem), aber nicht mehr als "offene" Koalition. Nach den Erfahrungen der Wahlen von 2015 beschloss sie, trotz der höheren Präferenzen vor den Wahlen, die durch ein solides Wahlergebnis von 12,6 % bestätigt wurden, kein weiteres Risiko einzugehen. Auch bei der bisher letzten Wahl (2023) trat die Linke offiziell nicht als Koalition an, obwohl es sich faktisch um ein Bündnis mit fast identischer Zusammensetzung wie 2019 handelte. Das schwächere Wahlergebnis von 8,6 % lag näher an dem von 2015 (oder 2011) als an den Zugewinnen von rund 13 % in 2019 oder 2007.

Aus technischer und formalistischer Sicht könnte man das polnische Kapitel nun mit der Feststellung abschließen, dass das Ausscheiden aus dem Parlament und die Rückkehr lediglich eine Frage der Kandidaturstrategie und der Wahlhürden war. Aber eine solche Schlussfolgerung wäre unzureichend, weil sie einen wesentlichen Umstand der Rückkehr verschleiern würde. Es handelt sich um den tiefgreifenden und qualitativen Wandel der polnischen Linken in Bezug auf die Zusammensetzung ihrer soziodemografischen Wählerbasis und ihre programmatischen Schwerpunkte. Die polnische Linke hat sich zu einer eindeutig städtischen und liberalen Einheit entwickelt (im kulturellen, aber - was die Wählerschaft betrifft - auch im wirtschaftlichen Sinne), die überproportional von Frauen, jungen und gebildeten Menschen getragen wird. Was die programmatischen Schwerpunkte betrifft, so ist die polnische Linke der westeuropäischen Standard-Sozialdemokratie in ihrem Versuch, linke Prioritäten - sozioökonomische, kulturelle und ökologische - organisch zu verbinden, sehr viel ähnlicher geworden.

Der oben beschriebene Wandel spiegelt zum Teil den grundlegenden parteiorganisatorischen Wandel wider, der mit dem Zusammenschluss der "alten postkommunistischen" Linken (SLD) mit der "neuen", kulturell liberalen und aktivistischen Linken, der Wiosna-Bewegung, im Jahr 2021 einherging. Zu dieser Fusion ist anzumerken, dass sie (aus Sicht der SLD) auf eine Art "großzügige" Art und Weise vollzogen wurde, als der quantitativ-materielle Aspekt (die Mitgliederzahl, die viel robustere und räumlich verteilte organisatorische Infrastruktur der SLD) gegen den qualitativ-symbolischen Aspekt (die Popularität und Dynamik und das aktivistische Ansehen der Vertreter von Wiosna) in die Waagschale geworfen wurde. Die beiden Fusionsakteure blieben die einzigen offiziell sanktionierten innerparteilichen Fraktionen innerhalb der Neuen Linken. Das Verhältnis von Delegierten und Führungsmitgliedern ist 1:1. Die Neue Linke wird außerdem von zwei gleichberechtigten Co-Führern geleitet, die beide Fraktionen vertreten.

Der Zusammenschluss der wirtschaftlichen und der kulturellen Linken ist ein Manöver, das nicht frei von Risiken ist, sowohl kurzfristig (z.B. wenn es zu einer innerparteilichen Rebellion in der SLD kommt, bevor der Zusammenschluss vollzogen ist) als auch langfristig (die ausgesprochen liberale Mentalität der linken Wählerschaft, selbst in wirtschaftlichen Fragen). Im polnischen Kontext ist dies jedoch ein Manöver, ohne das eine erfolgreiche Rückkehr der Linken wahrscheinlich nicht nachhaltig wäre. Die Wahlen 2023 sind ein gutes Beispiel dafür: Die PiS-Kampagne hat im Ausland vor allem durch ihre Radikalisierung in Bezug auf einwanderungsfeindliche, EU-feindliche und antideutsche Stimmungen Aufmerksamkeit erregt. Ein genauere und eingehenderer Blick "von innen" kann jedoch den eindeutig linken, nämlich sozialdemokratischen, wirtschaftlichen Akzent nicht übersehen. Die Rhetorik der PiS-Führer war ein direktes Manifest des Keynesianismus in der Praxis. Das Kriterium für den Erfolg der PiS-Regierungen war aus ihrer Sicht die systematische Nivellierung der wirtschaftlichen Ungleichheiten im Land, die massive Entwicklung bis hin zu einem zivilisatorischen Sprung, der Aufbau robuster Infrastrukturprojekte fast in der Art eines Unternehmerstaates, großzügige Sozialpolitik und direkte Finanztransfers an schwächere Gruppen (Senioren, Familien mit Kindern), die Rückkehr zu einem niedrigeren Renteneintrittsalter und dessen Beibehaltung in der Zukunft, die Verhinderung einer angeblich drohenden Privatisierung, die fatale Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Ausbruch aus der Falle der mittleren Entwicklung und des mittleren Einkommens usw. Auch das ehrgeizige Fortschrittsethos (im wirtschaftlichen Sinne) war etwas, das viele ausländische Beobachter von den Konservativen, wenn auch polnischen, nicht erwartet hätten und das bei einer oberflächlichen Betrachtung des Wahlkampfes vielleicht übersehen worden wäre. Nach Ansicht der PiS stand Polen vor einer Generationenaufgabe (in anderen Worten: Jahrhundert- oder Jahrtausendaufgabe), nämlich den Rückstand zu den fortschrittlichsten Ländern Europas aufzuholen (natürlich ohne - nach den Worten der PiS - westeuropäische Fehler zu machen).

Dieser kurze Exkurs in die PiS-Strategie soll die Grenzen aufzeigen, innerhalb derer sich die polnische Linke eigentlich schon lange bewegt. Seit ihrem Wahldebakel als Pol und ihrer Position als kleine Partei hat sie ihre Dominanz in dem Bereich, den B. Rydliński unter Berufung auf Bourdieu als die populäre Klasse bezeichnet. Damit verlor sie auch ihre Glaubwürdigkeit als wichtigstes Vehikel für sozioökonomische Fragen (eine weniger wohlwollende Interpretation könnte argumentieren, dass die polnische Linke diese Glaubwürdigkeit nie hatte). Und all dies geschah zu einem Zeitpunkt, als der "postkommunistische" subkulturelle Unterbau der SLD aufgrund demografischer und anderer Faktoren schwächer wurde.

Die Verbindung zwischen der "alten" und der "neuen" Linken glich einem Kampf an mehreren Fronten. Einerseits versuchte die Linke, Verbindungen zu Gewerkschaften, Satellitenorganisationen und - in gewisser Weise - zur postkommunistischen Subkultur zu pflegen. Doch gleichzeitig stilisierte sie sich als Hauptverteidigerin (oder als einzige glaubwürdige, ausreichend radikale, säkulare und konsequente Verteidigerin) gegen die konservative (Konter-)Revolution der PiS. Oder besser gesagt, sie hat stolz die Fahne der "neuen" kulturellen Linken hochgehalten, wobei sie von der PiS selbst und den äußerst umstrittenen Errungenschaften der genannten (Gegen-)Revolution unterstützt wurde. Gleichzeitig hat sie versucht, sich vom Erbe ihrer eigenen neoliberalen Wende zu distanzieren und klassische linke sozioökonomische Themen zu betonen: erschwinglicher Wohnraum, die Wiederherstellung eines robusten und gut funktionierenden öffentlichen Sektors, Arbeitnehmerinnen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, usw.

Die Durchführbarkeit des Manövers wurde bisher dadurch erleichtert, dass sie es nicht nur aus der Opposition heraus, sondern nach zwanzig Jahren Oppositionsfasten durchgeführt hat. Der Erfolg des

Manövers kann jedoch eher durch das Prisma der Überlebensambitionen (die Nachhaltigkeit einer Rückkehr zu den relevanten Akteuren) gemessen werden als an den Ambitionen der "großen Akteure", die die SLD einst war.

ČSSD: die schwierige Suche nach einer Rückkehr zu den parlamentarischen Parteien

Die Schwächung der tschechischen Sozialdemokratie ist ein langfristiger Prozess, der sich schon bald nach ihrem bisher höchsten prozentualen Ergebnis bei den Wahlen zum tschechischen Unterhaus (32,32 %, Wahlen 2006) abzeichnete. Trotz des hohen Ergebnisses belegte die ČSSD den zweiten Platz und blieb in der Opposition. Die nächsten beiden Wahlen (2010, 2013) brachten der Partei Ergebnisse um die 20 %, was damals - und angesichts der Erwartungen - als Wahlernttäuschung und eine Art Niederlage gewertet wurde. Bei beiden Wahlen war die ČSSD noch der nominelle Sieger, aber 2010 wurde sie von der rechten Koalition überholt und landete zum zweiten Mal in Folge in der Opposition. Im Jahr 2013 wurde sie zum wichtigsten Akteur in der dreiköpfigen Regierungskoalition, wurde aber von Andrej Babiš, dem Gründer der Anti-Establishment-Bewegung ANO, in den Schatten gestellt.

Der Rückgang der Wählerunterstützung beschleunigte sich jedoch dramatisch, als die Partei nach den Wahlen 2017 mit einem Ergebnis von etwa 7 % endgültig aufhörte, einer der Hauptpole des Parteiensystems zu sein, und vor allem, als sie 2021 knapp unter die 5 %-Klausel fiel und zum ersten Mal in der Geschichte der Tschechischen Republik die Parlamentsbänke verließ. Dieser Text wird Ende 2023 verfasst, zur Hälfte der Amtszeit der fünfköpfigen Mitte-Rechts-Regierungskoalition, die zwar extrem unpopulär ist, aber alle Früchte ihrer Unpopularität vorerst von der parlamentarischen (d.h. populistischen, nicht-linken) Opposition erntet. Zumindest mit Blick auf Ende 2023 gibt es keine klare Perspektive für die ČSSD, in die Reihen der relevanten Parteien zurückzukehren. Einigen Untersuchungen zufolge liegt sie ungefähr auf dem Niveau des Wahlergebnisses vom Herbst 2021, anderen zufolge sogar darunter. Die Kommunalwahlen 2022 haben gezeigt, dass sich die kommunalpolitische Infrastruktur der Partei vollständig auflöst, und dieser Zerfall auf lokaler Ebene begann bereits bei den Kommunalwahlen 2018.

Wie in Polen wurde der Niedergang der sozialdemokratischen Linken von einer Neuordnung des Parteiensystems begleitet. Wie in Polen war es der Niedergang der Linken als solche (in der Tschechischen Republik bezieht sich das auch auf die Kommunistische Partei, in Polen gibt es keine solche Partei, aber die SLD selbst ist postkommunistischen Ursprungs). Wie in Polen war es vor allem der Niedergang der "klassischen" traditionellen sozioökonomischen Linken, nicht der kulturellen Linken, die in der Tschechischen Republik von den Piraten vertreten wird.

Die Veränderung des Parteiensystems in der Tschechischen Republik war einer der Schlüsselfaktoren für den Niedergang der ČSSD. Paradoxerweise war es jedoch in der ersten Phase die tschechische Rechte, die Opfer dieses Wandels war. Der wichtigste Durchbruch erfolgte bei den Wahlen 2013, obwohl sich bereits bei den vorangegangenen Wahlen 2010 ein deutlicher Wandel abzeichnete (Auflösung der bipolaren Konzentration, Auftreten eines populistischen Anti-System-Akteurs). Anders als in Polen ging die Neuformatierung des Parteiensystems also dem Niedergang der Linken voraus und war nicht dessen Folge. Die Polarität "neue Bewegungen vs. alte Parteien", deren Wortführer die Populisten Babiš und Okamura waren, verdrängte die bis dahin recht robust erscheinende Polarität "rechts vs. links" und

zerbrach ein Parteiensystem, das selbst im gesamteuropäischen Vergleich recht stabil erschien und einheitliche ideopolitische Konturen aufwies.

Warum wurde ausgerechnet die Linke das letzte Opfer des Aufstiegs der Populisten, obwohl die Rechte eine Zeit lang das erste Opfer war? Warum die Linke, wenn der Aufstieg der Populisten in erster Linie eine Reaktion auf gescheiterte und unpopuläre rechte Regierungen war? Der Faktor der Korruption, über den wir im polnischen Kapitel geschrieben haben, ist nicht die Antwort, denn in der Tschechischen Republik hat es nie eine asymmetrische (und moralisierende) Identifizierung der Korruption ausschließlich oder hauptsächlich mit der Linken gegeben. Im Gegenteil: Die Botschaft der Populisten lautete, dass alle traditionellen Parteien im Grunde genommen gleich sind, identisch korrupt und identisch unfähig, kompetent zu regieren, und dass daher die Begriffe rechts und links selbst ihre relevante Unterscheidungsbedeutung verlieren.

Die Antworten müssen anderswo gesucht werden. Eine Erklärung findet sich in der unterschiedlichen Intensität und ideologischen Verankerung der Wahlunterstützung für die Rechte und die (nichtkommunistische) Linke. In der Tschechischen Republik war es die ČSSD, die lange Zeit, praktisch seit ihrer Etablierung als einer der beiden Hauptpfeiler des Parteiensystems, eine große Zahl "seichter", ideologisch nicht verankerter Anhänger aufwies. Diese wählten sie oft nicht einmal bei anderen Wahlen als den Wahlen erster Ordnung, d.h. den Parlamentswahlen (die Nichtbeteiligung an den Wahlen zweiter Ordnung ist ein typisches Phänomen unter diesen "lauwarmen" Wählern).

Entscheidend wurde sie jedoch, als die Rechte - anders als die ČSSD - ihren festen Platz im neu definierten Parteiensystem als Hauptgegenspieler der Populisten auf der neu konstruierten dominanten Babiš-"Anti-Babiš"-Achse fand. Im Gegensatz dazu befand sich die ČSSD in den Ergebnissen in einer Art unprivilegierter Position außerhalb der Hauptachse des Wettbewerbs. Zwei Wahlperioden lang war sie eine Art "nicht selbstverständlicher" Partner von Babiš. Insbesondere die machtsymmetrische Ko-Regierung in der ersten Amtszeit (2013-2017) war von häufigen und scharfen Konflikten geprägt, die in der Entlassung von Babiš als Finanzminister gipfelten. Die Früchte und Erfolge der Ko-Regierung wurden vom Finanzminister und "Schatten-Ministerpräsidenten der inneren Koalition" Babiš erfolgreich vereinnahmt.

In der zweiten Periode wurden auch die Kommunisten in den imaginären "Babiš-Block" hineingezogen, wobei die beiden linken Parteien ein um Größenordnungen schwächerer Partner für Babiš waren. Die Rechte als Ganzes befand sich in einer strikten Anti-Babiš-Position. Sie hatte die Gelegenheit, das ältere und bewährte Narrativ einer "populistischen", "unsolidarischen" oder sogar "antidemokratischen" Linken zu aktualisieren und auf den gesamten so genannten Babiš-"Block" anzuwenden, zu dem auch Präsident Zeman gehörte, der ein gewisses taktisches Bündnis mit Babiš pflegte. Das Moment der Unterstützung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei für das Minderheitskabinett ANO-ČSSD spielte bei dieser Konstruktion eine wichtige Rolle. Der antikommunistische Stachel der Anti-Babiš-Kritik (der Fall seiner angeblichen Zusammenarbeit mit dem StB) schien sich symbolisch zu verschärfen.

Nicht nur, dass die ČSSD in den Jahren 2013-17 einen wichtigen Führungsstreit mit Babiš in einem Segment verlor, das man mit den Worten "Niederlage der wirtschaftlichen Transformationen" beschreiben könnte, sondern - was noch schlimmer ist - als sie sich später in der Rolle des schwächeren Partners von Babiš wiederfand, wurde diese Position selbst zum Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen.

Damit kommen wir zu einer weiteren, seit langem bestehenden Schwäche der ČSSD, nämlich den internen Spannungen und Spaltungen. Personelle innerparteiliche Konflikte kennzeichnen die Partei in stärkerem Maße als ihre Konkurrenten, sozusagen "historisch". Das Problem wurde jedoch verschärft, als die Figur des Präsidenten Miloš Zeman zu einem starken destruktiven Faktor wurde und als parallel dazu diese Spannungen zunehmend als Streit zwischen imaginären Konservativen und Progressiven verstanden wurden. Zeman und seine Anhänger innerhalb der ČSSD vertraten eine eindeutig konservative Position. Die Debatte zwischen den beiden Lagern geriet in eine Sackgasse und stürzte die Partei in dem Moment in eine Falle, als die konservative Position eine Art Schirmherrschaft über das ansonsten legitime Streben nach einer Rückkehr zu den sozialdemokratischen "traditionellen Werten" (im Sinne eines Ausstiegs aus der neoliberalen Sackgasse) übernahm und als die Nullsummenlogik zwischen den beiden rivalisierenden Konzepten vorherrschte. Mit anderen Worten: Beide Orientierungen wurden als radikal widersprüchliche und sich gegenseitig ausschließende Alternativen behandelt. Entweder man ist ein traditioneller, klassischer (d.h. linker, sozioökonomisch vorrangig orientierter) Sozialdemokrat, der an die Masse der "einfachen Leute" aus den Ständen und ländlichen Gebieten denkt, und dann darf man sich - das liegt in der Natur der Sache - nicht von der Sorge um Minderheitenprobleme (ethnischer, sexueller Art usw.) oder irgendwelchen verqueren neuen Themen wie Klimawandel oder Integration ablenken lassen. Oder man ist ein "Progressiver", d.h. in Wirklichkeit ein eingefleischter städtischer Liberaler und sozialdemokratischer Elitist, der sich vom Volk entfremdet hat.

Die Sackgasse lag in einer eigentümlichen, an Begriffsverwirrung grenzenden Interpretation der Begriffe "links" und "progressiv": nämlich die Identifizierung einer authentisch linken (traditionellen) Sozialdemokratie mit einer a priori Ablehnung (oder zumindest Ignorierung) kulturell linker Themen. Es ist ihr nicht gelungen, eine breitere ideologische Klammer zu finden, die sowohl kulturell als auch wirtschaftlich linke Themen als untrennbare Bestandteile ein und desselben Ganzen darstellen könnte. Eine solche organische Synthese zu finden, ist in einigen Ländern eine notwendige Bedingung, um den Sieg zu erringen (nordische Länder, Deutschland, Österreich, Spanien, Portugal), in anderen, wie Polen, scheint es eine notwendige Bedingung für das politische Überleben zu sein.

Neben den parteisystematischen und ideologisch-strategischen Faktoren spielte im Falle der ČSSD auch der parteiorganisatorische Faktor eine wichtige Rolle. Es handelte sich um das Zusammentreffen zweier kontinuierlicher und langfristiger Prozesse: die Vernachlässigung der Partei als Organisation durch ihr Personal und die Überalterung ihrer Mitglieder- und Wählerbasis. Das erste Phänomen hängt mit den Veränderungen zusammen, die im Rahmen des Konzepts der so genannten Kartellpartei beschrieben wurden: die zunehmende Ausrichtung der Partei auf den Staat und die öffentlichen Institutionen, der Abzug der wichtigsten personellen Ressourcen aus der Partei in den staatlichen Bereich. Dies ging einher mit einer Professionalisierung der Wahlkämpfe, die die Mitgliederbasis nur noch weiter deaktivierte. Das frühere ehrenamtliche Engagement der Parteiaktivisten wurde durch die professionelle Leistung beauftragter Agenturen ersetzt.

Die demografische Herausforderung, der sich die ČSSD vorerst erfolglos zu stellen versucht, hängt vermutlich mit dem verbalen Versuch einer sozialpopulistischen Wende während der Präsidentschaft von Jiří Paroubek (2005-10) zusammen. Damals zeigten sich unübersehbare Anzeichen einer alternden Wählerbasis, wobei die Mitgliederbasis ein kontinuierlicher Prozess ist. Paroubeks Politikstil führte in Verbindung mit der antikommunistischen Polarisierung durch rechte Parteien zu einer permanenten Entfremdung zwischen der ČSSD und jüngeren Wählerschichten.

Das Problem wurde noch verschärft, als Babišs Bewegung eine Kehrtwende weg von ihrer ursprünglichen quasi-liberalen Ausrichtung vollzog. In diesem Moment geriet die ČSSD in eine Zange. Einerseits übernahm Babiš die eher konservative Mitte-Links-Wählerschaft mit einem hohen Anteil an Senioren. Andererseits führte die ČSSD keine "Verjüngung" und Integration mit der "neuen" kulturellen Linken durch, wie wir sie beispielsweise oben im Kapitel über Polen beschrieben haben. Im tschechischen Kontext waren die Bedingungen dafür nicht so günstig wie in Polen, und die ČSSD hat es nicht einmal versucht. Das Äquivalent der jüngeren und liberaleren sozialdemokratischen Wähler der 1990er Jahre oder (vor allem) der Špidla-Ära wählt nun in der Tschechischen Republik die Piraten.

Was soll man abschließend sagen? Selbst die tschechischen Parteien, die heute eine klare Position an einem der Pole des Parteiensystems einnehmen und dank ihrer parlamentarischen und regierungsamtlichen Vertretung die volle Aufmerksamkeit der Medien genießen, stehen derzeit vor enormen Problemen. Hinter der Volkspartei steht ein wachsendes Fragezeichen hinsichtlich der Nachhaltigkeit ihrer Rückkehr in den Klub der Parlamentsparteien. Der ODS gelingt es offenbar auch nach 10 Jahren nicht, zu ihrer früheren Rolle als eine der beiden großen Parteien zurückzukehren (zumindest nicht unabhängig und unter der Marke ODS). Umso ernster erscheint die Situation der ČSSD, die in einem medial beleuchteten Raum außerhalb der Hauptachse des tschechischen Parteienwettbewerbs schwebt. Anders als die Volkspartei kann sie sich weder auf ein dichtes Netz von Kommunalpolitikern und das demografische Potenzial zahlreicher katholischer Familien stützen, noch - anders als die ODS - auf die Gunst von Sponsoren und Mainstream-Medien. Die Rückkehr der ČSSD wird ohne einen erneuten Bruch des Parteiensystems und ohne eine Aufhebung der Polarität zwischen Rechten und Populisten äußerst schwierig - wenn nicht gar unmöglich - sein.

Ungarn - eine gespaltene Sozialdemokratie und eine breitere Linke im Schatten des rechten Hegemons

Der Zusammenbruch der MSzP als einer der beiden Hauptpfeiler des ungarischen Parteiensystems weist eine Reihe auffälliger Ähnlichkeiten mit dem polnischen Fall auf. In beiden Ländern ging dem Zusammenbruch eine Hochphase des Einflusses und der Wahlstärke der Linken voraus, deren Herrschaft von einer neoliberalen Politik, wirtschaftlichen Problemen und Korruptionsskandalen begleitet wurde. In beiden Fällen ging der Zusammenbruch der Linken mit einer Transformation des Parteiensystems, einer antikommunistischen Polarisierung durch die konservative Rechte und einer Kampagne gegen ein von Natur aus korruptes und scheiterndes Regime einher, das als eine Art postkommunistischer Hybrid behandelt wurde. In beiden Fällen wurde den Wählern nicht nur ein Regierungswechsel, sondern ein Wechsel des gesamten Systems versprochen - die Vollendung der Entkommunisierung und eine tiefgreifende Erneuerung von Staat, Gesellschaft und Nation in allen Bereichen (einschließlich Moral und Werte). In beiden Ländern erlag die geschwächte Linke auch innerparteilichen Spaltungen und Abspaltungen (der letzte sozialistische Ministerpräsident Gyurcsány gründete eine Partei namens Demokratische Koalition, DK).

Aber auch die Unterschiede zwischen den beiden Fällen sind entscheidend. Erstens war der Zeitpunkt des Regierungsversagens der ungarischen Sozialisten akuter. Immerhin waren sie acht Jahre lang an der Regierung (2002-10), und die wirtschaftliche Misere Ungarns fiel mit der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression zusammen. Zweitens ist das ungarische verfassungspolitische System viel stärker von der Logik der Mehrheitsverhältnisse geprägt. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, dass der Fidesz eine viel tiefgreifendere und wahrscheinlich auch nachhaltigere Umgestaltung des politisch-

institutionellen Rahmens erreicht hat (neue Verfassung, Wahlreform, die die Mehrheitselemente noch stärker gemacht hat, eine viel stärkere Unterwerfung der Mediensphäre usw.). Paradoxe Weise ist drittens die Spaltung des linken Flügels zwischen MSzP und DK in Ungarn noch nicht überwunden. Die Siegeschwelle in einem gemischten Wahlsystem mit einer Mehrheitskomponente (seit den Wahlen 2014 übrigens unter den Bedingungen eines einzigen Wahlgangs) bedeutet, dass die einzige glaubwürdige Chance, Orbán aus der Regierung zu entfernen, ohnehin eine breite Koalition aus (idealerweise) allen oppositionellen Kräften ist. Eine bloße Fusion oder ein Bündnis zwischen MSzP und DK wird in dieser Hinsicht nichts bringen. Wenn sie getrennt existieren, können sie weiterhin um die Führung innerhalb des Oppositionsblocks konkurrieren. Aus der Natur des Mehrheitswahlsystems ergibt sich, dass auch eine Partei, die (landesweit) keine hohen Prozentsätze erzielt, wie die DK, begrenzte, aber zufriedenstellende Wahlerfolge erzielen kann, wenn sie in Bezirken, die linksliberale Hochburgen sind, starke Kandidaten aufstellt.

Außerdem war das Kräfteverhältnis zwischen der MSzP und der DK viel symmetrischer als das zwischen der SLD und der SdPL oder später zwischen der SLD und Razem. Die Figur des ehemaligen Ministerpräsidenten Gyurcsány wirft einen langen Schatten auf die ungarische Politik, denn Orbáns Polarisierungskampagnen konzentrieren sich in erster Linie auf dieses Symbol des Scheiterns der bisherigen Elite. Eine gewisse Analogie ergibt sich aus dem Vergleich von SLD-Wiosna und MSzP-DK. Während SLD und MSzP die alte klassische "postkommunistische" Linke repräsentieren, legen sowohl Wiosna als auch DK viel mehr Wert auf postmaterielle Fragen und Themen der kulturellen Linken. Der Unterschied besteht zum einen darin, dass es der DK nicht gelungen ist, junge Wähler in gleichem Maße wie Wiosna (und nach der Fusion die Neue Linke als solche) anzusprechen, und zum anderen darin, dass sich die DK viel deutlicher auf der Kluft zwischen Sozialdemokratie und Wirtschaftsliberalismus bewegt.

Um es lapidar auszudrücken: 1. in Polen ist die alte Linke mit der neuen verschmolzen, in Ungarn nicht; 2. in Polen haben sich sowohl die alte als auch die neue Linke vom Erbe des Neoliberalismus und des Dritten Weges abgewandt, in Ungarn die "neue" Linke nicht; 3. die Glaubwürdigkeit der ungarischen "neuen" Linken als wirklich neu ist durch die Person Ferenc Gyurcsány untergraben worden.

Ein weiterer signifikanter Unterschied zwischen Polen und Ungarn betrifft die Art des Parteiensystems. Es sei daran erinnert, dass die Ähnlichkeit damit endet, dass der Niedergang der Linken in beiden Ländern auch ein Moment der Transformation des Parteiensystems war. Was das Ergebnis dieser Transformation war, ist jedoch eine ganz andere Frage. In Ungarn ist das neue System viel klarer als das polnische in dem Sinne, dass die Fidesz über eine absolute Mehrheit gegenüber allen anderen Akteuren verfügt. Das polnische System hingegen ist lesbarer und stabiler, was den Platz der Linken als zweitrangiger Akteur angeht. In Polen gibt es ein stabiles Duopol aus PiS und PO, begleitet von einer ähnlich stabilen Reihe kleinerer Akteure. In Ungarn sehen wir eine stabile und unerschütterliche Hegemonie der Fidesz und einen dynamischen Führungsstreit innerhalb des Oppositionsblocks.

Jede der drei Parlamentswahlen, die seit Orbáns Amtsantritt stattgefunden haben, brachte eine andere Konstellation auf Seiten der Opposition. Im Jahr 2014 kandidierte die Vereinigte Mitte-Links unter der klaren Führung der MSzP und war mit 26 % immer noch die wichtigste Oppositionsalternative, obwohl die populistische Jobbik-Bewegung mit 20 % dicht dahinter lag. Bei den Wahlen 2018 traten die meisten Oppositionsparteien unabhängig voneinander an, und Jobbik war bereits die stärkste unter ihnen. Bei den Wahlen 2022 kam es zu einem breiten Bündnis aller wichtigen Oppositionskräfte (einschließlich Jobbik, die von der extremen Rechten zu einer gemäßigt konservativen Position wechselte).

Bleiben wir bei den Wahlen von 2022 stehen, denn sie veranschaulichen gut die Fallstricke für die Sozialdemokraten, die sich aus den breiten Bündnissen ergeben, die das Mehrheitswahlrecht erzwingt, insbesondere in einer Situation der Zersplitterung der Linken. Die Opposition versuchte, Orbán zu besiegen, indem sie das bisher breiteste und heterogenste Wahlbündnis bildete. Nicht nur, dass die rechtsgerichtete Jobbik Teil dieses Bündnisses wurde, der Vorsitzende der gesamten Gruppierung wurde in den Vorwahlen vom konservativen Bürgermeister einer südungarischen Kleinstadt, Péter Márki-Zay, gewählt, der sich selbst als rechtsgerichteten Politiker und desillusionierten ehemaligen Fidesz-Wähler bezeichnet. Die Umstände der Vorwahlen der Opposition sind bezeichnend. In der ersten Runde gewann die DK-Kandidatin und Ehefrau von Gyurcsány, Klara Dobrev, knapp (35 %), während der Budapester Bürgermeister und Kandidat der MSzP-Grünen (Dialog), Gergely Karácsony, den zweiten Platz belegte (27 %). Nur der unabhängige Márki-Zay kam mit 20 % auf den dritten Platz, und der Jobbik-Führer wurde mit 14 % Vierter (sein schlechtes Ergebnis war der erste Hinweis und die erste Warnung, dass sich die Wähler der rechten Jobbik wenig mit dem breiten Rechtsbündnis identifizieren - zur Erinnerung: 2018 war Jobbik stärker als MSzP und DK zusammen). Karácsony zog sich zurück und unterstützte Márki-Zay vor dem zweiten Wahlgang. Er gewann zwar die zweite Runde der Vorwahlen mit 57 %, aber das Ergebnis der eigentlichen Wahl sechs Monate später war für den von ihm geführten Oppositionsblock enttäuschend.

In denselben Vorwahlen wurden auch die Kandidaten des Oppositionsbündnisses für das Parlament bestimmt. Bezeichnenderweise gewannen von den insgesamt 106 Einzelmandatswahlkreisen 32 Vertreter der DK, 29 der Jobbik, nur 18 der MSzP (plus weitere 6 ihres Verbündeten, der grünen Dialogbewegung) und 15 der städtischen liberalen Momentum-Bewegung. Bei den Wahlen 2022 wurden nur 19 Abgeordnete des Oppositionsbündnisses in Einzelmandatswahlkreisen gewählt (17 davon in Budapest): 5 für die MSzP, 5 für Momentum, 4 für DK, 4 für Dialog und 1 für LMP. Weitere 38 Abgeordnete des Oppositionsbündnisses wurden von einer nationalen Liste gewählt, deren Zusammensetzung nicht Gegenstand der Vorwahlen, sondern von Parteiverhandlungen war: nur 5 davon für die MSzP und 3 für den Dialog (12 für die DK, 9 für Jobbik, 6 für Momentum, 3 für LMP).

Der Ausgang der Vorwahlen 2021 und der Wahlen 2022 illustriert gut (1) den allmählichen Niedergang der MSzP innerhalb des Oppositionsblocks, (2) die anhaltende Zersplitterung der Oppositionsszene (Momentum, eine von Márki-Zay neu gegründete Einheit), (3) die Verschiebung dieser gesamten Oppositionsszene nach rechts (unter Einbeziehung von Jobbik- und Fidesz-Abtrünnigen) und (4) die Veränderung der Dynamik im Wettstreit der MSzP mit der DK um die Führung der linken Mitte. Bleiben wir beim vierten Punkt stehen. Selbst bei den letzten Wahlen 2018 - den einzigen nach 2010, bei denen die Mitte-Links-Parteien getrennt antraten - lag das Kräfteverhältnis zwischen MSzP und DK bei etwa 2:1. Seitdem haben sich die Meinungsumfragen allmählich zugunsten der DK entwickelt. Die Europawahlen 2019 (klarer Vorsprung der DK gegenüber der MSzP bei geringer Wahlbeteiligung) und die Kommunalwahlen 2019 (klarer Vorsprung der viel stärker territorial verwurzelten MSzP gegenüber der DK) haben in dieser Hinsicht widersprüchliche Signale gesendet. Wenn wir das Umkippen der Waage zugunsten der DK beobachten, müssen wir das Gesamtbild im Auge behalten, nämlich die Stagnation oder Schwächung beider Parteien. Beide haben mit einer alternden Wähler- und Mitgliederbasis und sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen (2015 gab es schätzungsweise 15.000 MSzP-Mitglieder und etwa 11.000 DK-Mitglieder; 2020 waren es 8.000 bzw. 5.000). Der Hauptvorteil der MSzP ist ihre dezentrale und stärker territorial verankerte Organisation (ein Vorteil bei Kommunalwahlen), während der Hauptvorteil der DK die charismatische (wenn auch stark negative Emotionen auslösende) Führung durch Ferenc Gyurcsány ist.

Es ist bezeichnend, dass die sozialdemokratische MSzP eine junge grüne Politikerin aus Budapest in die Vorwahlen schickte, die sozialliberale DK die Frau des "Symbols des Scheiterns" und des wichtigsten "Blitzableiters" von Gyurcsánys Negativkampagnen (die Angst vor einer solchen Kampagne war eines der Motive für das "Alle gegen Dobrev"-Votum bei den zweiten Europawahlen). Márki-Zay, ein Rechtskonservativer, wurde Gesamtsieger und sagte unter anderem, dass das Modell der "Steueroase" mit einer superniedrigen Unternehmenssteuer von 9 % vorerst im Interesse Ungarns sei. All dies in einer Situation, in der die schwächelnde MSzP zwar auf eine progressive Besteuerung drängt, ihr sozialliberaler Konkurrent DK in dieser Frage aber eher vage bleibt. Im Geiste früherer Inspirationen des Dritten Weges fördert die DK rein marktwirtschaftliche und neoliberale Prinzipien in den Bereichen Gesundheit und Hochschulbildung.

Der Punkt des obigen Absatzes sollte eine allgemeinere Schlussfolgerung über den Rechtsruck des gesamten ungarischen politischen Spektrums sein. Auch nach 13 Jahren an der Macht wird der Fidesz nicht schwächer (genauer gesagt, die Schwächung wird sich bei den Parlamentswahlen nicht bemerkbar machen) und zieht sich in keiner Weise von seiner Radikalisierung in kulturellen und identitätspolitischen Fragen zurück. Anders als die polnische PiS, die bestimmte Elemente des Wohlfahrtsstaates gestärkt hat, hat die Fidesz den ungarischen Wohlfahrtsstaat grundlegend abgebaut. Hinzu kommt, dass sie nach den Wahlen 2022 wieder einen radikaleren Nachbarn auf der rechten Seite hat. Der fundamentalistische Flügel hat sich nach den Wahlen 2018 von der gemäßigten Jobbik abgespalten und zieht 2022 unter dem Namen "Unsere Heimat"-Bewegung ins Parlament ein. Während Jobbik eine gemäßigte rechte Ausrichtung beibehält, führt sie unter neuer Parteiführung ein konservatives Rebranding durch und verlässt nach den Wahlen 2022 die Oppositionsfront.

Einerseits schafft diese Verschiebung nach rechts Raum für eine Regeneration und Neuidentifikation der Linken. Unter den derzeitigen Umständen scheint es jedoch unwahrscheinlich, dass die MSzP dazu in der Lage sein wird, entweder allein oder in einem engeren links-grünen Bündnis unter ihrer Führung. Mit anderen Worten: Zentrumsnahe und sozialliberale Gruppierungen wie Momentum oder DK dürften den Schlüssel zur Lösung in der Hand halten. Sie werden entscheiden müssen, ob ihre natürliche kulturliberale Neigung glaubwürdig mit sozialdemokratischen Wirtschaftsprinzipien verbunden werden kann. So wie die polnische konservative (Konter-)Revolution einen riesigen Raum für eine Hinwendung zur kulturellen Linken geschaffen hat, eröffnet Orbáns populistische Demontage der liberalen Demokratie sowie des Wohlfahrtsstaates ein weites Feld für eine Hinwendung zur kulturellen wie auch zur wirtschaftlichen Linken.

Frankreich: Sozialisten zwischen zwei Mühlsteinen - eine Frage der Rückkehr oder des Überlebens?

Im Gegensatz zu den drei oben untersuchten Ländern, deren demokratische Regime nur etwas mehr als 30 Jahre gedauert haben, sind hier ein paar Worte zum historischen Kontext angebracht. Frankreich sticht in Westeuropa durch die Schwäche und Wurzellosigkeit seiner sozialdemokratischen Politik etwas heraus. Die Entstehung der historischen SFIO zu Beginn des 20. Jahrhunderts mag nach außen hin eine vorübergehende Überwindung der chronischen Spaltung der Linken markiert haben, aber die Spaltung zwischen Reformisten und Radikalen hat sich innerhalb der neuen Einheit fortgesetzt. Außerdem hatten sich die Kommunisten, denen sich die Mehrheit der französischen Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in den folgenden Jahrzehnten anschloss, bereits 1920 gespalten. Die Sozialisten wurden also nie zu einer Massenpartei. Ihre radikale Rhetorik, die von Zeit zu Zeit durch die Anwesenheit eines

dominanten Nachbarn auf der Linken motiviert wurde, geriet oft in Spannung zu einer kompromittierenden politischen Praxis.

Die französischen Sozialisten (damals bereits die PS) wurden nur in einem kurzen Zeitraum von etwa Ende der 1970er Jahre bis zu ihrem spektakulären Zusammenbruch im Jahr 2017 zum Hegemon innerhalb der Linken. Selbst in dieser Zeit ihres größten Ruhms waren sie mit einem ständigen Dilemma zwischen radikaler linker und pragmatischer (neoliberaler) Politik konfrontiert. Dies lässt sich am besten anhand der Zeit, in der die PS an der Macht war, veranschaulichen. Mitterrand wurde 1981 auf der Grundlage eines ehrgeizigen linken Programms zum Präsidenten gewählt, doch schon im folgenden Jahr rückte er davon ab und verfolgte eine Politik der Kürzungen, und das Bündnis mit den Kommunisten wurde untergraben. In den Zwischenwahlen der beiden Präsidentschaften Mitterrands verlor die PS die Parlamentswahlen, was zu den Kohabitationen 1986-88 und 1993-95 führte. Diese schränkten den Handlungsspielraum des Präsidenten weiter ein, der bereits durch seine eigenen Zugeständnisse und durch äußere Umstände (die Schaffung eines Binnenmarktes in der EG, die Hegemonie des neoliberalen Dogmas) eingeschränkt war. Ein weiteres Beispiel ist die Amtszeit von Lionel Jospin (in Kohabitation mit dem gaullistischen Chirac), als gemäßigte sozial-progressive Veränderungen (35-Stunden-Woche) mit Zugeständnissen an den Neoliberalismus einhergingen (Anhebung des Rentenalters, Liberalisierung der Energieversorgung).

Die Präsidentschaft von F. Hollande (2012-17), die dem tiefen Fall der Sozialisten unmittelbar vorausging, war in dieser Hinsicht jedoch fatal. Hollande mag sich vor seinem Amtsantritt rhetorisch als "Feind des Großkapitals" definiert haben, doch seine politische Praxis war eindeutig von einer marktfreundlichen Politik geprägt. Dies gipfelte in der Reform des Arbeitsrechts, deren Hauptmotiv darin bestand, Elemente der "Flexibilität" zu stärken und die Kosten für die Arbeitgeber zu begrenzen. Hollande war es, der E. Macron in die Regierung holte und ihm das Amt des Ministers für Wirtschaft, Industrie und Digitalisierung anvertraute. Es war Hollande, der versuchte, den Mangel an wirtschaftlich progressiven Veränderungen durch kulturell progressive Reformen zu kompensieren (Legalisierung der Homo-Ehe mit Adoptionsrecht). Macron baute lediglich auf dieser Politik des "doppelten Liberalismus" auf und fügte ihr als "neuer" Akteur - etwas paradoxerweise - einen gewissen Protest- und Anti-System-Appeal hinzu. Der Sozialist Hollande begann auch, den in der französischen Tradition nicht gerade selbstverständlichen Begriff der Sozialdemokratie zu verwenden, der durch seine Politik nur noch mehr diskreditiert wurde. Das ideologische Misstrauen, das die französische Linke ihm gegenüber seit jeher hegt (zu große Kompromissbereitschaft gegenüber dem Marktkapitalismus und der formalen Verfahrensdemokratie), scheint durch Hollandes Politik symbolisch bestätigt worden zu sein.

Der "Hollande-Faktor" - seine neoliberale Politik, die Entfremdung seiner Wähler- und Mitgliederbasis, seine extreme Unbeliebtheit am Ende seiner Amtszeit, die durch seinen Verzicht auf eine Wiederwahl gekrönt wurde - scheint also tatsächlich ein wichtiger Faktor für den Zusammenbruch der französischen Sozialisten zu sein. Im Gegensatz zu anderen westlichen Sozialdemokratien, die während der Ära des Dritten Weges privatisiert, dereguliert und liberalisiert haben (und diese Politik wurde von ihnen erwartet, wie die betreffenden Parteien stolz verkündeten), haben die französischen Sozialisten unter Hollande de facto das Gegenteil von dem getan, was sie versprochen hatten, und das zu einem Zeitpunkt, als das neoliberale Dogma in der Linken durch die große Krise von 2007-10 diskreditiert war.

Der Niedergang der PS ist so tiefgreifend, dass man sich fragen kann, ob sie sich nicht eher in einer Phase des "klinischen Todes" befindet, oder zumindest in der "tschechischen" Kategorie des Unterschreitens

der Relevanzschwelle. Ergebnis der Präsidentschaftswahlen B. Hamons Ergebnis von 2017 (6,4 %) ist ähnlich wie das Parlamentsergebnis der ČSSD aus demselben Jahr (7,3 %). Auch der Rückgang der Mitgliederzahlen ist noch steiler als im tschechischen Fall: von rund 200.000 im Jahr 2012 auf heute rund 45.000.

Die Parallelen zu den polnischen und ungarischen Fällen sind dreifach: 1. die schwache historische Verwurzelung der Sozialdemokratie, 2. die neoliberale Politik, die von den Sozialdemokraten in der letzten Periode vor dem Zusammenbruch umgesetzt wurde, 3. die tiefgreifende Transformation des Parteiensystems, die den Zusammenbruch begleitete. Im Falle Ungarns kann man die mehrheitliche Logik des verfassungsmäßigen politischen Systems hinzufügen, obwohl das französische System in dieser Hinsicht aus einer Reihe von Gründen nicht so hart ist. Erstens werden Präsident und Parlament getrennt gewählt, und der zeitliche Abstand gibt den Verlierern die Möglichkeit, taktisch zu reagieren, Allianzen zu schließen usw. (ein gutes Beispiel dafür war die Strategie von Mélenchon im Jahr 2022 - nachdem er bei den Präsidentschaftswahlen wiederholt knapp unterlegen war, rief er die Wähler auf, ihn bei den Parlamentswahlen zum Premierminister zu "wählen"). Zweitens werden in Frankreich sowohl bei den Präsidentschafts- als auch bei den Parlamentswahlen nach wie vor zwei Wahlgänge durchgeführt (Ungarn ist mit Orbáns Wahlreform von 2014 davon abgekommen). Drittens sind die französischen Wahlen fair, und kein Akteur kommt auch nur annähernd an die Art von Dominanz des Parteiensystems und institutioneller Hegemonie (Medien, Klientelismus usw.) heran, die für Fidesz charakteristisch ist.

Sowohl die ungarische MSzP als auch die französische PS waren früher Parteien, die eine hohe Siegeschwelle überschreiten konnten, waren früher Parteien mit Regierungsambitionen. Beide sind derzeit in breitere Bündnisse eingebunden, die versuchen, sich als glaubwürdige Regierungsalternative zu etablieren. Der ungarische Fall wurde bereits im vorstehenden Kapitel behandelt. Bleiben wir nun bei der NUPES (Neue Ökologische und Soziale Volksunion), die zwischen den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2022 unter der klaren Führung von J.L. Mélenchon gegründet wurde. Einerseits hat die PS in ihr eine viel schwächere Position als die ungarischen Sozialisten innerhalb des ungarischen Oppositionsbündnisses (der Unterschied wird noch deutlicher, wenn man die sozialliberale DK mit einbezieht), andererseits liegt der Schwerpunkt der NUPES jedoch eindeutig auf der Linken, so dass die Gefahr der Verwässerung und Unlesbarkeit, die im obigen Kapitel in Bezug auf Jobbik oder den Führer Márki-Zay diskutiert wurde, nicht besteht.

Wenn die These zutrifft, dass der Zusammenbruch der PS auf ihren Rechtsruck zurückzuführen ist und dass ein großer Teil der Wählerschaft die Sozialisten zugunsten von Mélenchon verlassen hat, dann könnte auch die Schlussfolgerung zutreffen, dass der Weg zur Wiedergutmachung über eine Rückkehr zu einer authentischeren linken Politik führen könnte. Die Überzeugungskraft einer solchen Schlussfolgerung wird scheinbar durch die Handlung der Wahl 2017 geschwächt. Damals kandidierte Hamon, ein Vertreter des linken Flügels, für die PS mit einer eindeutig linken (nach Ansicht von Kritikern zu linken) Agenda für die Präsidentschaft - und bei dieser Wahl kam es zum größten Bruch. Warum steht dieses Argument nur scheinbar im Widerspruch zu der These von der Abkehr vom Zentrismus als möglichem Mittel zur Wiederherstellung des Ansehens? Obwohl die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit in der Regel einen längerfristigen Prozess erfordert, war selbst der damalige Versuch der PS, von einem zentristischen Präsidenten zu einem eindeutig linken Kandidaten überzuwechseln, kein hoffnungsloses Verrenkungsmanöver, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Zunächst einmal ist daran zu erinnern, dass die Entwicklung der Wählerpräferenzen im Vorfeld der Wahl sehr dynamisch war, dass die Schwankungen enorm waren und dass der massive Linksruck zugunsten von Mélenchon ganz am Ende des Wahlkampfes stattfand und die größte Überraschung des ersten Wahlganges darstellte. Die Schlussfolgerung, die daraus gezogen werden kann, ist, dass die Nachfrage nach einer eindeutig linken Position eine unbestreitbare soziologische Tatsache war (und ist), dass die strategische Wette der PS darauf also kein Fehler war und dass das Einzige, was im Nachhinein als "fehlerhaft" erscheinen mag, die Wahl eines bestimmten Kandidaten war, der den Kampf um die eindeutig linken Wähler mit Mélenchon überraschend deutlich verlor.

Zweitens - und in direktem Zusammenhang mit der Wahl des Kandidaten - werden die wichtigen Entscheidungen über die ideologische Ausrichtung von Präsidentschaftskampagnen und die Auswahl geeigneter Kandidaten in Frankreich nicht von einer kleinen Gruppe "strategischer Köpfe" getroffen, es handelt sich nicht um einen zentralisierten Prozess und die PS ist in dieser Hinsicht kein einheitlicher oder gar autonomer Akteur. Vor den Wahlen 2017 (aber auch zum ersten Mal 2012) wurden die sozialistischen Präsidentschaftskandidaten in offenen Vorwahlen bestimmt, und bis dahin und 2022 in geschlossenen Vorwahlen - d. h. nur von Parteimitgliedern. Denn sowohl über die Nominierung von Hollande als auch über die von Hamon wurde in den zweiten Runden dieser Vorwahlen von Millionen von Menschen (ganz zu schweigen von den vorherigen Hunderten oder Zehntausenden) entschieden, die formal außerhalb der PS standen: 2011 betrug die Gesamtzahl der Wähler in der zweiten Runde 2,88 Millionen; 1,6 Millionen oder 57 % stimmten für Hollande; im Januar 2017 waren es 2,04 Millionen und 1,18 Millionen oder 59 %. Dieser Vergleich ist sehr wichtig. Er zeigt, dass der Unterschied zwischen den Vorwahlen 2011 und 2017 nicht in einer Größenordnung lag. Hamon erhielt etwa 400.000 Stimmen weniger als Hollande, aber zwei Prozentpunkte mehr. Wenn die PS gehofft hatte, bei den offenen Vorwahlen eine möglichst breite Basis zu mobilisieren, so versprachen die Vorwahlen 2017 auch in dieser Hinsicht ein ordentliches Potenzial.

Eine zynischere und ironischere Interpretation der Vorwahlen von 2017 (natürlich mit einer Portion rückblickendem Determinismus) könnte anders ausfallen: Eine große Masse von Wählern, die der PS schon damals weitgehend entfremdet war, ging zu den Vorwahlen, wählte mit solider Mehrheit den am weitesten links stehenden Kandidaten, um dann bei den Präsidentschaftswahlen ohnehin für den "authentischeren" und nicht von der Marke PS belasteten Mélenchon zu stimmen. Und viele derjenigen, die im zweiten Wahlgang für M. Valls gestimmt haben, haben sich gerade durch den Sieg von Hamon von der PS entfremdet und bei der Präsidentschaftswahl für Macron gestimmt. Der Sozialist Valls, der in der Regierung Hollande (in der Macron Wirtschaftsminister war) Premierminister war, hatte sich vor der Wahl offen für Macron ausgesprochen und sich von Hamons Kandidatur distanziert. Viele andere Mitglieder der Parteizentrale taten dasselbe oder verließen die PS ganz und schlossen sich Macrons LREM an.

Diese Schlüssepisode, die die Anatomie des Niedergangs der PS dokumentiert, weist auch auf etwas Tieferes und Typisches der PS hin: interne Spannungen, Fraktionsspaltungen, eine Geschichte von prominenten Persönlichkeiten, die die Partei verlassen (in den 1990er Jahren war es P. Chevènement, ein Gegner des Maastrichter Vertrags, 2008 ein Gegner der "EU-Verfassung" Mélenchon, nach den Wahlen 2017 B. Hamon) und die unbequeme Position der Partei zwischen zwei Mühlsteinen: den Zentristen (aktuell Macron, vorher z.B. MoDem) und der radikalen Linken (Mélenchon, historisch PCF).

Die Frage, ob die PS derzeit im Linksbündnis NUPES verbleiben soll (im Oktober 2023 suspendierte die PS ihre Mitgliedschaft wegen des Streits um den Nahostkonflikt), ist seit langem Gegenstand starker interner Spaltungen. Die Parlamentswahlen 2022 waren ein klarer Rückschlag für die PS - ironischerweise verlor sie als Mitglied der relativ starken NUPES sogar mehrere Sitze im Vergleich zu den Wahlen 2017, als sie noch unabhängig kandidierte (von 31 auf 28). Im Vergleich dazu verbesserten sich die Kommunisten von 16 auf 22, die Grünen von 0 auf 23 und der Hauptgewinner - Mélenchons LFI - von 17 auf 79 Sitze. Diese Ergebnisse waren weitgehend vorbestimmt durch die Dominanz der LFI gegenüber allen Partnern bei der Bildung der NUPES (z.B. gab es zu Beginn bilaterale Vereinbarungen zwischen der LFI und jedem einzelnen Partner) und die Wahl des Schlüssels für die Parteizusammensetzung der Kandidaten (der Anteil der LFI stellte 56,5% aller NUPES-Kandidaten, der Anteil der PS betrug 12% - in absoluten Zahlen 326 bzw. 70 Wahlkreise). Es ist ein schwacher Trost für die PS, dass ihre Erfolgsquote (die Zahl der gewählten Kandidaten im Verhältnis zur Gesamtzahl der für eine bestimmte Partei kandidierenden Kandidaten) 40 % beträgt, während die der LFI nur etwa 24 % beträgt.

Das NUPES-Projekt scheint tot zu sein, die PS hat ihre Mitgliedschaft ausgesetzt, und auch bei den anderen LFI-Partnern gibt es Anzeichen für einen Austritt. Mit Blick auf die Europawahlen 2024 ist klar, dass die europa- und außenpolitischen Prioritäten der NUPES-Mitglieder nicht miteinander vereinbar sind. Für die PS eröffnet dies die Möglichkeit, sich zu emanzipieren und zu versuchen, einen Teil ihrer früheren Stärke zu retten oder wiederherzustellen. Die PS könnte den Vorteil haben, dass sie nun drei lange Jahre bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen hat, bei denen Macron nicht mehr antreten kann und Mélenchon zugesagt hat, dies nicht zu tun. Sowohl Macrons Renaissance (ehemals LREM) als auch Mélenchons LFI haben eines gemeinsam: eine starke Abhängigkeit des Wahlerfolgs vom persönlichen Charisma des Gründungsvorsitzenden. Beide haben sicherlich das Potenzial, das Ausscheiden ihrer Gründer politisch zu überleben, aber eine Nachfolgeregelung oder eine andere interne Krise (insbesondere im Fall der regierenden Renaissance) könnte für die PS zumindest eine Gelegenheit sein, sich vom Druck dieser beiden Mühlsteine zu befreien.

Die Niederlande - Kampf um einen Platz in einem fragmentierten System

Da die Partei der Arbeit (PvdA) in die gleiche Kategorie wie die PS fällt (ebenso wie die ungarischen Sozialisten), wird das niederländische Kapitel eher als eine bloße Übersicht über die Ähnlichkeiten und Unterschiede zum französischen Fall behandelt. Ungarn und Frankreich ähnelten sich in unserer Interpretation insofern, als sie - jeweils auf dramatisch unterschiedliche Weise - Systeme mit starken Mehrheitselementen waren. Die Niederlande sind in dieser Hinsicht ein radikal kontrastierender Fall, weshalb es sinnvoll erscheint, auch sie mit einzubeziehen. Es handelt sich um ein konstitutionelles politisches System mit dezentralisierter Macht, breiten Koalitionsregierungen, überproportionalen Wahlen und einem fragmentierten Mehrparteiensystem (Konsensdemokratie im Sinne von Lijphart). Die Schwellen für das Überleben und den Sieg in einem solchen System sind sehr niedrig; Bündnisstrategien oder taktisches Abstimmen sind in diesem System sicherlich nicht notwendig. Dennoch versuchten die PvdA und die Grüne Linke (GL) bei den Wahlen 2023 ein solches Bündnis und erzielten ein Ergebnis von 15,8 % (25 von 150 Sitzen, 12 für die PvdA und 13 für die GL). Zum Vergleich: Bei den Wahlen 2021 erhielten PvdA und GL getrennt 5,7 % bzw. 5,2 % der Stimmen, bei den Wahlen 2017 5,7 % bzw. 9,1 % und bei den Wahlen 2012 - den letzten vor dem Sturz der PvdA - 24,8 % bzw. 2,3 %. Es ist also klar, dass die rot-grüne Koalition nicht zu einer Erneuerung oder zumindest einer Annäherung an die frühere

Wahlstärke der PvdA geführt hat. Bei allen Wahlen vor 2017 (außer 2002) konnte die Partei allein über 20 % und zusammen mit der GL fiktiv rund 25 % erreichen.

Historisch gesehen war die PvdA dem Prototyp der Arbeiterpartei näher als der französischen PS, und das nicht nur dem Namen nach. Sie war also eine stabile, in der Klasse verankerte Partei und eindeutig eine führende Kraft auf der Linken. Dennoch gehörte sie im westeuropäischen Vergleich zu den schwächeren Sozialdemokratien, wie die PS. Der Grund dafür war in der PS der Wettbewerb und die Spaltung der Linken, in den Niederlanden war es die insgesamt schmalere soziale Basis der Linken als solche, teilweise aufgrund der starken konfessionellen Spaltungen, teilweise aufgrund der Besonderheiten der Industrialisierung. Während die PvdA in den 1990er Jahren neben Schröders SPD, Blairs New Labour, den schwedischen Sozialdemokraten oder der italienischen und mitteleuropäischen postkommunistischen Linken eher zu den Wegbereitern des Dritten Weges und der Marktwende gehörte, kam sie in Frankreich spät und halbherzig (es war im Übrigen eine Kohabitation) mit Jospin (1997-2002), also paradoxerweise erst während der Präsidentschaft Hollandes, voll zum Zuge. Trotz dieses teilweisen Unterschieds ist der Punkt jedoch derselbe: die tiefe Enttäuschung und Entfremdung der Wähler- und Mitgliederbasis, als sowohl die PS als auch die PvdA wieder mit einer marktfreundlichen Politik aufwarteten, selbst zu einem Zeitpunkt, als sich die Wahrnehmung der neoliberalen Doktrin aufgrund der Krise 2007-10 grundlegend geändert hatte.

Welche Gemeinsamkeiten gibt es hingegen zwischen den Fällen der PS und der PvdA? Bei beiden kam der Absturz nach einer Periode, in der die Partei an der Regierung beteiligt war. In den Niederlanden handelte es sich um ein symmetrisches Koalitionskabinett aus der rechten VVD und der PvdA, in dem die Sozialdemokraten wichtige Posten als Finanz-, Außen- oder Sozialminister innehatten. Das ehemalige Ministerium, das von dem orthodoxen Verfechter der "soliden Finanzen" Dijsselbloem geleitet wurde, symbolisiert das Hauptproblem, das den Ruf der PvdA untergraben hat - ihre Mitschuld an der Sparmaßnahme und dem Abbau des Wohlfahrtsstaates in einer sensiblen Zeit der Erholung von der globalen Krise. Die Unterstützung für die PvdA begann unmittelbar nach dem Ende der blau-roten Koalition nach den Wahlen 2012 zu sinken.

Das letzte der oben erwähnten Ministerien, das von L. Asscher geleitet wurde, war wiederum ein wesentlicher Teil der Hinterbühne für die Fortsetzung und Vertiefung des politischen Zusammenbruchs der PvdA. Im Jahr 2018 kam es zu einem riesigen Kindergeldskandal, bei dem der Staat Zehntausende von Familien zu Unrecht beschuldigte, zwischen 2005 und 19 Sozialhilfe in betrügerischer Absicht bezogen zu haben. Das unsoziale Mobbing durch den Staat, als der Sozialdemokrat Asscher (seit 2016 Parteivorsitzender) das Sozialministerium leitete, fügte der PvdA nur eine weitere Reputationswunde zu und machte es praktisch unmöglich, das Vertrauen der Wähler schnell wiederherzustellen.

Die Wahl einer Koalitionsstrategie für die Wahlen 2023 als Versuch der PvdA, einen Weg aus der Krise und ein Sprungbrett für ein Comeback zu finden, scheint unter den Bedingungen eines fragmentierten Parteiensystems ein vernünftiger Schritt zu sein. Die Grüne Linke (GL) ist ein natürlicher politischer Partner für die PvdA. Beide befanden sich damals in der Opposition, und beide hatten in etwa den gleichen Rückhalt, messbar an einem Wahlergebnis von rund 5 % bei den Wahlen 2021. Die enge Zusammenarbeit zwischen der PvdA und der GL begann sogar unmittelbar danach. Parteien dieser Größenordnung laufen Gefahr, in einem Meer von Parteienzersplitterung unsichtbar und irrelevant zu werden. Andererseits könnten sie in einer Koalition unter der Führung eines bekannten Politikers wie F. Timmermans und mit einer gewissen Synergie realistischweise die in den Niederlanden sehr niedrig

liegende Siegesschwelle anpeilen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, aber das rot-grüne Bündnis hat zumindest geschafft, was die PvdA alleine nicht geschafft hat: einer der Hauptakteure im Parteiensystem zu werden.

Spanien - die Rückkehr der PSOE und die Erneuerung der Bipolarität

Vorab sei gesagt, dass die Einbeziehung Spaniens in die Liste der Fälle, in denen die Sozialdemokraten ihre Position als einer der Hauptpfeiler des Parteiensystems verloren haben, fragwürdig ist. Erstens war das Interregnum, in dem die Sozialisten (PSOE) mit der radikalen Linken (Podemos, jetzt Sumar) um die Rolle des künftigen Hegemons auf der Linken konkurrierten, sehr kurz (2015-2019), mit nur zwei Parlamentswahlen, und in keiner von ihnen fiel die PSOE unter das Niveau von Podemos. Prozentual lagen die beiden Gruppen jedoch um 1-2 Prozentpunkte auseinander, obwohl der Abstand der PSOE in Bezug auf die Mandate aufgrund der Besonderheiten des Wahlsystems größer war. Mit anderen Worten: Die Rückkehr der PSOE - und damit die Rückkehr des Quasi-Bipartismus - kam sehr schnell. Zweitens war die Tiefe der Wahlschlappe und der Krise der PSOE im Jahr 2015 unvergleichlich geringer als die der PS oder der PvdA im Jahr 2017 und selbst im Vergleich zur MSzP im Jahr 2010 deutlich geringer. Drittens, und das folgt aus den obigen Punkten, kann der vorübergehende Verlust der systemischen Rolle der PSOE in den Jahren 2015-19 nur diagnostiziert werden, wenn wir auch diese Zwischenperiode a priori (und träge) durch das Prisma des spanischen Quasi-Bipartismus verstehen. Ja, die PSOE hat eindeutig aufgehört, eine Zeit lang ein symmetrischer Konkurrent der PP zu sein, der in seiner Position nicht durch eine dritte Kraft (Podemos) bedroht wäre. Aber wenn wir zugeben, dass diese Zwischenzeit zur Stabilisierung eines neuen Formats, eines asymmetrischen Multipartismus, geführt haben könnte, dann kann man nicht behaupten, dass die PSOE aufgehört hat, einer der Hauptpole des Systems zu sein, auch nicht für einige Jahre.

Warum zählen wir die PSOE trotzdem zu den Fällen von "Niedergang"? Der Grund dafür ist, dass Spanien aufgrund seines Wahlsystems stark zu einem eindeutig bipolaren (wenn nicht gar Zweiparteiensystem) tendiert. Sollte sich Podemos, aus welchen Gründen auch immer, im Interregnum 2015-19 gegen die PSOE durchsetzen (ähnlich wie in Griechenland Syriza gegen Pasok oder Mélenchons LFI gegen die PS etwa zur gleichen Zeit), ist es sehr wahrscheinlich, dass sie die PSOE als eine der beiden Hauptparteien ablösen würde und das Gleichgewicht auf der Linken nicht halten könnte.

Die spanischen Wähler sind sich der Auswirkungen des Wahlsystems durchaus bewusst und werden von ihren Parteien ermutigt, so genannte "nützliche" (strategische) Stimmen im Hinblick auf den Erfolg breiterer Blöcke von rechts und links abzugeben. Der Faktor Wahlsystem hat die Tiefe des Absturzes der PSOE bei den Wahlen erheblich gemildert (22 % der Stimmen im Jahr 2015 brachten der Partei 26 % der Sitze), sie gegenüber Podemos begünstigt (eine Marge von nur 1,3 % bedeutete einen Unterschied von 21 Sitzen zugunsten der PSOE) und den Zeitpunkt der Rückkehr erleichtert. Der PSOE kam auch zugute, dass sich das Blatt bei den Wahlen im April 2019 zu einem kritischen Zeitpunkt wendete: Zu dem Zeitpunkt, als sich das Gleichgewicht auf der Linken deutlich zugunsten der PSOE zu verschieben begann ("Optimierung" in Bezug auf "nützliche" Stimmen), erreichte der entgegengesetzte Prozess auf der Rechten seinen Höhepunkt. Die PP erreichte im April 2019 mit einem Zugewinn von rund 17 % ihren historischen Tiefpunkt, dicht gefolgt von den rechtsliberalen Ciudadanos (16 %). Vox betrat damals mit rund 10 % der Stimmen zum ersten Mal die Bühne. Das ist die denkbar schlechteste Konstellation in Bezug auf "nützliche" Stimmen für den gesamten rechten Block.

Das Superwahljahr 2019, das Jahr der Rückkehr der PSOE, war auch ein Wendepunkt in dem Sinne, dass die Linke tatsächlich als Block zu funktionieren begann. Dies wurde durch die Wahlen von 2023 und ihre Regierungsbeteiligung bestätigt. Noch nach den Wahlen im April 2019 konnten sich die PSOE und Podemos nicht auf eine Regierung einigen, so dass die Wahlen im November wiederholt wurden (in der Zwischenzeit fanden im Mai die Europawahlen statt, die den Aufstieg der PSOE bestätigten). Nach den Wahlen im November war bereits eine Koalitionsregierung der beiden linken Akteure mit Unterstützung der nationalistischen Parteien in der Peripherie (Katalonien, Baskenland, Galicien) gebildet worden, die nach den Wahlen 2023 erneuert wurde (obwohl Podemos bereits unter der Marke des breiteren Sumar-Bündnisses auftrat). Die Blocklogik setzte sich auch auf der rechten Seite durch (die Radikalisierung der PP und ihre Annäherung an Vox, die Nichtkandidatur der Mitte-Rechts-Partei Ciudadanos), was zu einer Polarisierung der spanischen Politik führte. Die Gewinner dieser Polarisierung sind sowohl die PSOE als auch die PP, was zu einer Rückkehr zum Quasi-Bipartismus führt.

Sowohl soziodemografische als auch ideologische Aspekte haben eine wesentliche Rolle bei der Rückkehr der PSOE gespielt. Mit ersterem meinen wir die Tatsache, dass es der PSOE gelungen ist, eine sozial breite Wählerbasis zu erhalten, deren Kern nie aufgehört hat, die Volksklasse im Sinne Bourdieus zu sein. Den Sozialisten ist es gelungen, einen erheblichen Teil der jüngeren städtischen Wähler zurückzugewinnen, deren Unterstützung für Podemos/Sumar nur oberflächlich war. Mit dem ideologischen Aspekt meinen wir, dass die PSOE nie die Hinwendung zum Zentrismus vollzogen hat, die die polnische, ungarische, französische oder niederländische Linke vollzogen hat - zumindest nicht in diesem Ausmaß. Der Linken kam es auch zugute, dass der Aufstieg der extremen Rechten in Spanien verzögert und vor allem in anderer Form erfolgte. Vox vertritt eine ultrakonservative, katholische, "historisch-reaktionäre" Rechte, keine "plebejische" extreme Rechte, die mit Sozialpopulismus operiert und damit einen Teil der "alten" Klassenlinken anzieht (wie Le Pen, UKIP, die tschechische SPD oder die deutsche AfD).

Warum ist es der PSOE gelungen, ein soziales und ideologisches Profil zu bewahren, das ihre Rückkehr erleichtert hat? Dazu beigetragen hat ein Diskurs über soziale Rechte, der organisch Elemente der sozioökonomischen Rechte (Wohlfahrt, die Themen der "alten" Linken) und der soziokulturellen Rechte (Gender, sexuelle Minderheiten, Klima - die Themen der "neuen" Linken) verbindet. Die Klammer, die diese linke Synthese zusammenhält, ist auch die Erinnerungspolitik, die unversöhnliche Abgrenzung von der (als rückständig bezeichneten) Rechten mit Bezügen zum Autoritarismus und zum Franquismus. Die Bezüge sind oft indirekt, aber dafür umso schonungsloser - in der Regel als "Vergangenheit" kodiert, was linke Wortführer symbolisch in die Rolle von Besitzern "der Zukunft" drängt.

Was hingegen hat die Rückkehr der PSOE erschwert? Es ist die Spaltung zwischen Zentralismus und Nationalismus (womit der baskische Separatismus, Autonomismus usw. gemeint ist). Diese sekundäre Achse des spanischen Parteiensystems deckt sich nur unvollkommen mit der Achse von rechts nach links. Insbesondere in der Wählerschaft der PSOE gibt es eine dominante Gruppe, die man als "jakobinisch" bezeichnen kann (zentralistische Linke). Von dieser Gruppe haben die sozial liberaleren Ciudadanos systematisch versucht, sich eine Scheibe abzuschneiden. Aber auch der konservative Teil des Rechtsblocks, der kaum auf direkte Massenwahlübertragungen von der PSOE hoffen kann, versucht, die pro-zentralistischen sozialistischen Anhänger des Linksblocks, der mehrheitlich von den Separatisten abhängt, durch kritische Hinweise auf den Verrat an Staat und Nation und die Verteidigung von "Privilegien" (die Amnestie der katalanischen Separatisten) zu demobilisieren und zu entfremden. Der polarisierende Diskurs steht keineswegs hinter der Linken - es ist die Rede von Kommunisten, Populisten,

Separatisten, "Zertrümmerern" (rompistas), Analogien zum Terrorismus, zur Diktatur (wenn auch nicht der von Franco, sondern der von Sánchez) oder zum Putschversuch von 1982.

Die Wahlen 2023 brachten eine interessante Verschiebung mit sich, wiederum in Richtung einer "Optimierung" der Stimmenverteilung für den links-separatistischen Block. In Katalonien nahm die Unterstützung für die PSC (den katalanischen Zweig der PSOE) auf Kosten der Separatisten, sowohl der Rechten als auch insbesondere der Linken, in einem noch nie dagewesenen Maße zu. Sollte dies ein Zeichen dafür sein, dass die Intensität der Identitätsspaltung in der größten der nationalistischen Peripherien sechs Jahre nach dem Aufruhr rund um das illegale Referendum von 2017 nachhaltiger abnimmt, wäre dies ein Grund mehr für die PSOE zu glauben, dass ihre Rückkehr an die Spitze der konsolidierten Linken nachhaltig ist.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der oben genannten Fälle lässt den Schluss zu, dass parteisystemische und institutionelle Faktoren (die sich aus der Beschaffenheit des verfassungspolitischen Systems oder sogar des Regimes ergeben) und etwas, das man als "politische" Ebene bezeichnen kann (die Art der verfolgten Regierungspolitik), die größte Rolle beim Niedergang und der Rückkehr der Sozialdemokratien gespielt haben.

In vier der sechs Länder stand der Zusammenbruch der Sozialdemokratie in direktem Zusammenhang mit einer Änderung der Logik des Parteiensystems, wobei die Änderung in Polen, Ungarn und Frankreich gleichzeitig mit dem Zusammenbruch stattfand und in der Tschechischen Republik diesem vorausging. Der fünfte Fall, Spanien, unterscheidet sich nur dadurch, dass der Systemwechsel nicht abgeschlossen war und das bipolare Format nach vier Jahren wiederhergestellt wurde, zusammen mit der Rückkehr der PSOE. Im Hinblick auf die Niederlande kann man sich fragen, ob der Wechsel des Parteiensystems nicht erst nach dem Sturz der Sozialdemokratie mit den Wahlen 2023 stattfindet - aber das wird nur die Zeit zeigen. Alle Fälle von Veränderungen im Parteiensystem sind mit dem Auftreten von systemfeindlichen Akteuren verbunden, wenn auch mit unterschiedlichen Ausrichtungen und unterschiedlichen Zugehörigkeiten zur Sozialdemokratie. Sowohl in Polen als auch in Ungarn war die Linke ihr primäres Ziel; sie waren sicherlich keine neuen Anti-System-Akteure (Möchtegern-Herausforderer von außerhalb des Systems, wie Babiš oder Macron), aber sie versprachen, ein neues Regime von Grund auf zu errichten, in dem die Zerschlagung der Linken eine zentrale Bedingung sein sollte. In Frankreich fanden sich die Sozialisten zwischen zwei Mühlsteinen gefangen. Das magische Paradoxon besteht darin, dass der eine ein ehemaliges einflussreiches Mitglied der Sozialisten war und der andere ein Technokrat, den die Sozialisten in die Regierung gebracht haben. In der Tschechischen Republik wurden die Sozialdemokraten "im Nachhinein" zur Zielscheibe eines neuen Anti-System-Akteurs - nachdem dieser seine Strategie überdacht und eine ältere und linke Wählerschaft ins Visier genommen hatte. In Spanien handelte es sich nur um eine vorübergehende Abwendung von der (ursprünglich) systemfeindlichen extremen Linken, der es - anders als in Frankreich - nicht gelang, die Sozialisten in den Schatten zu stellen.

Ein weiteres starkes verbindendes Element ist die Kontinuität der sozialdemokratischen Niederlagen mit den vorangegangenen Regierungsperioden und der Umsetzung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der Regel handelte es sich um rein oder überwiegend linke Regierungen (Frankreich, Ungarn, Polen) und in den Niederlanden um eine symmetrische Rechts-Links-Koalition. Ausnahmen sind

wiederum die Tschechische Republik, wo das Hauptproblem nicht in der Art der Regierungspolitik, sondern in der Wahrnehmung ihrer Urheberschaft zu liegen scheint (Erfolge, die Babiš zugeschrieben werden), und Spanien, wo der Hauptfaktor für den Sturz ein starker externer Schock in Form der globalen Wirtschafts- und anschließenden europäischen Währungskrise war.

In drei der sechs untersuchten Länder haben wir es mit unterschiedlichen Formen von majoritären Elementen in der Politik zu tun: am schwächsten in Spanien (Wahlsystem mit Parteieneinfluss), am stärksten in Frankreich (starkes semipräsidentielles Regime und Zwei-Runden-Wahlsystem bei Parlamentswahlen - beides erhöht die Siegeschwelle) und extrem in Ungarn (extreme Machtkonzentration im Sinne einer illiberalen Demokratie). In zwei dieser drei Länder (Frankreich, Ungarn) haben majoritäre Elemente die Rückkehr der Sozialisten stark erschwert, während sie in Spanien deren Rückkehr erheblich erleichtert haben.

In vier der sechs Länder treffen wir auf Bündnisstrategien der Sozialdemokraten - die Ausnahmen sind wiederum die Tschechische Republik und Spanien. In Polen handelte es sich um Koalitionen, die sich auf die Sozialdemokraten konzentrierten, mit nur minimalen Überschneidungen mit der radikalen Linken, und Koalitionsandidaturen waren für die SLD schon vor ihrem Sturz typisch. In den Niederlanden hingegen handelte es sich um ein historisches Novum, nämlich ein Zweierbündnis mit der Grünen Linken (GL). Sowohl in Frankreich als auch in Ungarn handelte es sich um breitere Bündnisse, in denen die Sozialdemokraten eine eher schwächere (in Frankreich sogar dramatisch schwächere) Komponente darstellen. In Frankreich lag der Schwerpunkt der Koalition links von den Sozialdemokraten, während in Ungarn die Überschneidung mit der konservativen Rechten typisch ist. In Frankreich, Ungarn und den Niederlanden sind die Grünen Teil der Bündnisse, was die Sozialdemokraten hier in ein Dilemma bringt, was ihre eigene grüne Dimension der Politik betrifft.

Nur in zwei Ländern haben wir einen Moment der Rückkehr erlebt. In Polen übrigens nur "halb": Die Sozialdemokraten haben es geschafft, ins Parlament zurückzukehren, aber nicht in ihre frühere Rolle als einer der Hauptpole des Parteiensystems. Ein vollwertiges Comeback, das bereits durch drei Parlamentswahlen bestätigt wurde, hat in Spanien stattgefunden. Darüber hinaus könnte man im Falle der Niederlande von einer gewissen "Halb-Rückkehr" sprechen (die Sozialdemokraten haben es nicht geschafft, aus eigener Kraft zu den wichtigsten Parteien des Systems zurückzukehren, wohl aber eine neue rot-grüne Koalition, ohne jedoch die Wahlstärke der Sozialdemokraten als solche zumindest teilweise wiederherzustellen). Was haben diese drei Geschichten gemeinsam? Es ist ihnen gelungen, so etwas wie eine linke Synthese zu finden - eine organische Verschmelzung der wirtschaftlichen und kulturellen Linken. Die französischen Sozialisten haben versucht, dasselbe innerhalb einer breiten linken Koalition zu erreichen, bisher ohne Erfolg. In Ungarn wird die Schaffung einer solchen Synthese durch die "Rollenverteilung" verhindert, die in Wirklichkeit eher ein Wettbewerb zwischen zwei verschiedenen Sozialdemokratien ist - von denen die eine das Gesicht der "alten Linken" bewahrt und die andere sich einer sozial-liberalen Position annähert. In der Tschechischen Republik entstanden die Voraussetzungen für die Suche nach einer solchen Synthese paradoxerweise erst unter äußerst schwierigen Bedingungen nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus dem Parlament. Bis dahin war sie der Koalitionspartner von Babiš, und er ist die perfekte Antithese zu beiden Mischungen dieser Synthese.

Parteiorganisatorische oder strukturelle Faktoren spielten eine schwächere Rolle. Sie haben den Charakter einer Art Konstanten, langfristiger Makrobewegungen, die sich "vor dem Hintergrund" der von uns untersuchten Veränderungen vollziehen, nämlich dem spezifischen Fall und Wiederaufstieg

bestimmter Parteien. In ganz Europa haben sich in den letzten Jahrzehnten im Großen und Ganzen ähnliche Prozesse vollzogen. Die parteiorganisatorischen sind die Überalterung und der langfristige Rückgang der Parteimitglieder - abgesehen von geringfügigen Schwankungen -, die Lockerung der Verbindung zwischen Parteien und ihren Wählern und die Relativierung der faktischen Bedeutung der formalen Mitgliedschaft als solcher. Dies gilt nicht nur für die sozialdemokratischen Parteien. Zu den strukturellen Faktoren gehören die Schwächung der Gewerkschaften, die fortschreitende Prekarisierung der Arbeit und die Erosion der klassischen Industriearbeiterklasse des fordistischen Kapitalismus, das Erstarken kultureller, weltanschaulicher, identitätsstiftender, postmaterieller und ähnlicher Cleavages (Einwanderung und Integration, Gender, sexuelle Minderheiten, Klima, europäische Integration), womit wir übrigens schon an der Schnittstelle sind, an der die parteisystemischen Faktoren die Führung übernehmen. Oder die Struktur des Wettbewerbs, die Art und der Grad der Polarisierung der Basisachse(n) und das Fehlen/Verfügbarkeit von Alternativen bestimmen, ob die sich verändernde Struktur gesellschaftlicher Cleavages sich in einer Transformation des Parteiensystems materialisiert oder nicht (ob neue Cleavages politisiert werden und in den Vordergrund treten). Lapidare, parteiorganisatorische oder strukturelle Faktoren allein werden nicht erklären, warum der Niedergang oder die Rückkehr irgendwo und nicht woanders stattfand.

Abschließend bleiben noch zwei wichtige Bemerkungen zum Thema linke Synthese, d.h. zur organischen Verknüpfung von wirtschaftlicher und kultureller Linke. Erstens ist es nicht trivial, sie zu finden. Schon die Verwendung des Begriffs Synthese deutet darauf hin, dass es sich nicht einfach um eine ausgewogene Kombination relevanter programmatischer Prioritäten handelt - etwa 10 Parteien zum Wohlfahrtsstaat, 10 zur Ökologie, 10 zu LGBT, 10 zur Zukunft der Arbeit usw. Die Hauptaufgabe besteht vielmehr darin, eine nachvollziehbare Erzählung, ein übergreifendes Konzept, eine Art effektives Kürzel (z. B. die PSOE und ihr Diskurs über soziale Rechte) zu finden, das dauerhaft die Idee etabliert, dass die beiden Aspekte der Linken nicht wirklich voneinander getrennt werden können. Zweitens, selbst wenn sie gefunden werden kann, ist sie nicht gewonnen. Die andere Seite der Gleichung ist die Glaubwürdigkeit. Es dauert Tage oder Wochen, um einen Ruf zu zerstören. Es kann Jahre oder Jahrzehnte dauern, ihn wiederherzustellen. An dieses Maß an Geduld zu appellieren, mag in einer Zeit, die von digitaler Unbeständigkeit, Ablenkung, Abkürzungen, Hysterie und Hyperaktivität geprägt ist, wie ein Witz erscheinen. Und das wäre es vielleicht auch, wenn die Lage nicht so ernst wäre.